

# Viele Zeitfresser in den Behörden

Der Pflegenotstand in Bayern von Jahr zu Jahr größer. Laut einer Hochrechnung der Barmer Krankenkasse werden bis 2030 rund 146 000 Angestellte in der Pflege benötigt. „Wir sind daher um jede und jeden froh, den wir bekommen können“, sagte der neue Regierungspräsident von Oberbayern, Konrad Schober, im Pflegeausschuss zum Thema „Anerkennungsverfahren ausländischer Pflegekräfte“. Gerade Menschen aus dem Ausland könnten Abhilfe schaffen – die Bewerbungen nähmen von Jahr zu Jahr zu.

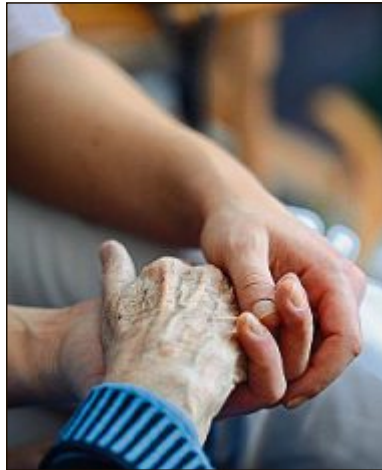
Allerdings müsse bei jeder Bewerbung die entsprechende berufliche Qualifikation gründlich geprüft werden. „Weil diese Personen eine erhebliche Verantwortung für das Wohlergehen älterer Menschen haben“, erläuterte Schober. Das dürfte niemand bestreiten. Aber diskutiert wird regelmäßig über „Zeitfresser in den Behörden“, wie Schober es nannte. Denn die Prüfung kostet viel Zeit. Erstens könne sie nicht von „einfachen Verwaltungsangestellten“ durchgeführt werden, zweitens seien die Zuständigkeiten stark „verästelt“.

Wie kompliziert die Verfahren sind, erläuterte Schober an der Berufszulassung ausländischer Approbationsberufe, also Menschen aus dem Berufsfeld Arzt, Tierarzt, Zahnarzt oder Apotheker. Wollen sie zu Beginn für zwei Jahre nicht selbstständig unter einer approbierten Ärztin oder einem approbierten Arzt arbeiten, ist die Regierung von Oberbayern zuständig, für die drei fränkischen Regierungsbezirke die Regierung von Unterfranken. Wollen sie direkt eine uneingeschränkte Zulassung, ist ausschließlich die Regierung von Oberbayern zuständig.

Noch komplizierter wird es bei den besonders gefragten Gesundheitsberufen wie Krankenschwester oder Krankenpfleger. In diesem Fall sind für die Anerkennungsver-

fahren alle sieben Regierungsbezirke zuständig. Und natürlich gibt es keine Regel ohne Ausnahme, wie Schober einräumt. Bei Berufen der Altenpflege ist wiederum die Regierung von Oberfranken zuständig. „Ich gebe zu, dass es im Laufe der Zeit zu einer gewissen Parallelität der Zuständigkeiten gekommen ist“, räumte der oberbayerische Regierungspräsident ein.

Eine politische Bewertung wollte Schober an diesem Tag ausdrücklich nicht abgeben. „Aber natürlich verursachen die ganzen Verfahren den 20- bis 40-fachen



Bayern benötigt bis 2030 rund 146 000 Pflegekräfte. DPA/KALAENE

Aufwand als bei der Prüfung von inländischen Berufsabschlüssen“, gab er zu bedenken. Insgesamt müsste allein in Bayern pro Jahr die Anerkennung von 13 000 Approbationsverfahren und 1900 Gesundheitsfachberufen geprüft werden. Er würde daher eine digitale Antragstellung begrüßen, auch müsse „die Zahl der Stellen zum Umfang der Aufgaben“ passen.

Gleichzeitig verteidigte Schober den Freistaat gegen Kritik. „Gelegentlich gibt es Berichte, dass andere Bundesländer schneller sind und es Bayern übertreiben würde“, sagte er. Es ergebe aber keinen

Sinn, in einem so sensiblen Bereich bei der Berufsanerkennung alle Augen zuzudrücken. Auch die Rechtsprechung käme immer wieder zu dem Schluss, dass gründliche Prüfungen unverzichtbar seien.

Schober sah auch eine Mitschuld für die lange Prüfungsdauer bei den Bewerberinnen und Bewerbern. Nicht alle würden den häufig erforderlichen Kenntnisprüfungen oder Anpassungslehrgängen beispielsweise in einer Krankenpflegefachschule mit dem notwendigen „Nachdruck“ nachgehen.

In der anschließenden Aussprache äußerte Martin Mittag (CSU) Verständnis für die gründliche Prüfung der Pflegekräfte, um die Qualität in der Gesundheitsversorgung aufrechtzuerhalten. Allerdings höre er immer wieder, dass die Verfahren zu lange dauerten. Wenn dies nicht an coronabedingten Ausfällen liege, sei eventuell mehr Personal nötig.

Dominik Spitzer (FDP) forderte, stärker auf die Digitalisierung zu setzen. So könnte das bisher „verästelte“ System gebündelt werden. Außerdem ließe sich mit einer bayernweiten Datenbank prüfen, ob ein ähnlicher Antrag bereits genehmigt wurde.

Andreas Krahl (Grüne) wunderte sich, warum für die Anerkennungsprozesse verschiedene Bezirksregierungen zuständig sind. Auch stellte er infrage, ob die Verwaltungsangestellten die notwendige Expertise bei der Prüfung der Anträge haben.

Vizeausschusschefin Ruth Waldmann (SPD) kritisierte, dass Innen- und Gesundheitsministerium sich bei der Frage nach schnelleren Anerkennungsverfahren immer gegenseitig den Schwarzen Peter zuspielten. Gerade die deutsche Sprache ließe sich bei geeigneter Qualifikation auch während der Arbeit durch entsprechende Kurse erlernen. > DAVID LOHMANN